

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 19 Abs. 3 K-LTGO

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 23.09.2021

Betreff: Kärntner Strompreisschock muss verhindert werden

Antragsteller: KO Mag. Darmann, KO-Stv. Trettenbrein, LAbg. Staudacher, LAbg. Rauter

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass ein Strompreisschock verhindert wird und die Strom- und Gaspreise insbesondere in Kärnten nicht erhöht werden. Die im Raum stehende massive Erhöhung der Strom- und Gaspreise würde zu einer starken Steigerung der Miet- und Betriebskosten sowie zu Kostensteigerung bei den Unternehmen führen, welche wiederum zu einer allgemeinen Teuerung führen wird.

In formeller Hinsicht wird gemäß § 19 Abs. 3 K-LTGO die Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages spätestens vier Stunden nach dem Eingehen in die Tagesordnung beantrag.

BEGRÜNDUNG

Derzeit steigen die Energiepreise in ganz Europa stark an. Die rasant steigenden Kosten für Strom und Gas bedrohen die wirtschaftliche Erholung und belasten die Bürger in Europa. Erste Fabriken müssen schließen.

Die rasante Entwicklung an den Energiemärkten bringt Politiker und Unternehmer gleichermaßen in Bedrängnis. In Großbritannien schloss ein großer Düngemittelhersteller die ersten Fabriken, weil sich die Produktion zu diesen Gaspreisen nicht rechnet. Zeitgleich greifen die Regierungen in Italien, Spanien und anderen Mitgliedstaaten tief in die Trickkiste, um die Bevölkerung vor dem Preisschub zu bewahren.

Der für die Sommersaison ungewöhnlich hohe Gaspreis ist zum Teil auch schuld an den steigenden Stromrechnungen. Die Erneuerbaren erzeugten in den ersten Monaten weniger Elektrizität als erwartet. Kaum Wind im Norden und wenig Wasser im trockenen Süden verringerten die Produktion der Öko-Kraftwerke massiv. Stattdessen kamen verstärkt Kohle- und Gaskraftwerke zum Einsatz - zu entsprechend höheren Kosten. Da auf dem Strommarkt aber immer das teuerste Kraftwerk, das noch Elektrizität verkauft, die Preise bestimmt, zieht die Kombination aus wenig Erneuerbaren und teurem Gas die Kosten nach oben. Verstärkt wird dieser Effekt durch die politische Vorgabe, wonach Versorger, die fossile Elektrizität erzeugen, CO₂-Zertifikate zukaufen müssen. Auch der Preis dieser Verschmutzungsrechte stieg zuletzt stark an. Das Recht, in der EU eine Tonne Kohlendioxid auszustoßen, kostet mit 60 Euro fast doppelt so viel wie zu Jahresbeginn.

Gerade auch auf die Haushalte kommen steigende Kosten zu. EU-Wettbewerbskommissar Paolo Gentiloni drängt die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zum Schutz der Familien vor zu hohen Preisanstiegen bei Energie zu verstärken. In seinem Heimatland, Italien, erwarten die Stromkunden mit 1. Oktober um 40 Prozent höhere Rechnungen. In Österreich stieg zwar der Großhandelspreis, die Haushalte werden diesen Effekt aber erst mit Verzögerung spüren. Anders in Spanien, Polen, Griechenland und Deutschland. Hier sind die Strompreise längst ein Politikum.

Italiens Premier, Mario Draghi, will Stromrechnungen künftig neu berechnen lassen und der Bevölkerung mit 1,2 Milliarden Euro unter die Arme greifen. Ähnlich reagieren Paris und Athen. Spaniens sozialistischer Regierungschef, Pedro Sanchez, will die Gewinne der Energieversorger umleiten und die Gaspreise staatlich begrenzen. Rumänien arbeitet auch an einem Höchstpreis für Gas.

Auch Kärntner Haushalte haben dieser Tage schon Post von Energieversorgern bekommen, wo mitgeteilt wurde, dass sich die Strompreise um rund 40 Prozent

erhöhen. Das Land Kärnten und die österreichische Bundesregierung ist nunmehr dringend gefordert Maßnahmen zu setzen.